

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 72 (1997)
Heft: 7-8

Artikel: Kommentar : eine gute sozialpolitische und volkswirtschaftliche Investition
Autor: Kuster, Jean-Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-106498>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine gute sozialpolitische und volkswirtschaftliche Investition

Im Zeichen leerer Kassen und steigender Leerwohnungsbestände wird die öffentliche Wohnbauförderung auf allen Ebenen zunehmend in Frage gestellt.

Im Kanton Zürich, der seit 1991 120 Millionen in den sozialen Wohnungsbau gepumpt hatte, sind die Gelder ausgegangen. Inzwischen stapeln sich die Gesuche beim zuständigen Amt, warten Genossenschaften auf die Zusage des Kantons, um ihre ausführungsfähigen Neubau- und Renovationsprojekte starten zu können.

Unbestritten ist, dass das Wohnungsangebot gestiegen ist. Zahlbare Wohnungen für Leute mit tiefen Einkommen bleiben aber Mangelware. Unter dem Eindruck der langandauernden Krise und der zunehmenden Verarmung weiter Kreise ist es sicher richtig, die knapper werdenden öffentlichen Mittel weiterhin als Objekthilfe in Zukunft gezielter für finanzschwache Personen einzusetzen. Richtig ist sicher auch, wenn staatliche Gelder aufgrund der Marktlage vermehrt für Renovationen und weniger für Neubauten fließen.

Die staatliche Wohnbauförderung ist nicht nur Sozialpolitik, sie ist vor allem auch Wirtschaftspolitik. Und wie wenige andere Massnahmen ist sie für die öffentliche Hand ausgesprochen rentabel.

Zum Beispiel in Zürich: Laut Antrag der kantonalen Wohnbaukommission sollen für die nächsten drei Jahre 34 Millionen Franken in Form rückzahlbarer und zinsgünstiger Darlehen gesprochen werden. In der heutigen Zinssituation dürften die effektiven Kosten (Zinsdifferenz) für den gesamten Rahmenkredit weit unter einer Million Franken pro Jahr liegen. Mit diesen Darlehen kann ein Auftragsvolumen von etwa einer halben Milliarde Franken gesichert oder ausgelöst werden. Und diese Gelder kommen grösstenteils dem lokalen und regionalen Gewerbe zu.

Selbst wenn nicht angenommen wird, dass mit staatlichen Geldern die lahrende Konjunktur angekurbelt werden könne, ist doch offensichtlich, dass mit der Wohnbauförderung, wie sie auf der Ebene des Bundes und in vielen Kantonen praktiziert wird, grosse direkte und indirekte Wirkungen erzielt werden. Die Wohnbauförderung sichert Steuereinnahmen von Betrieben und Arbeitnehmern, mit der Erhaltung von Arbeitsplätzen fallen weniger Arbeitslosen- und Fürsorgegelder an.

Die Förderungswirkung wird heute oft mit dem Argument bestritten, dass die meisten Bauten auch ohne Staatshilfe erstellt würden, dass gerade bestandene Genossenschaften genügend eigene Mittel zur Verfügung hätten. Viele Renovationsprojekte würden jedoch ohne staatliche Hilfe hinausgeschoben, und Neubauten, oft von jungen, innovativen, aber noch eigenmittelschwachen Genossenschaften geplant, würden nicht realisiert.

In Wetzikon beispielsweise verfügt eine Genossenschaft über ein baubewilligtes Projekt für 53 Wohnungen auf einem Bau-rechtsgrundstück der Gemeinde. Werden die Subventionen gesprochen, kann im Frühjahr 1998 die erste Etappe mit einem Auftragsvolumen von über acht Millionen Franken in Angriff genommen werden. Andernfalls wird das Projekt kaum ausgeführt.

So bleibt eigentlich kein Grund anzunehmen, dass Volkswirtschaftsdirektor Homberger diese Zusammenhänge nicht werten kann und rasch die nötigen Weichen für den neuen Kredit stellt. Im Interesse der Staatsfinanzen, des Baugewerbes, der gemeinnützigen Bauträger und der Mieterinnen und Mieter.

Jean-Pierre Kuster

